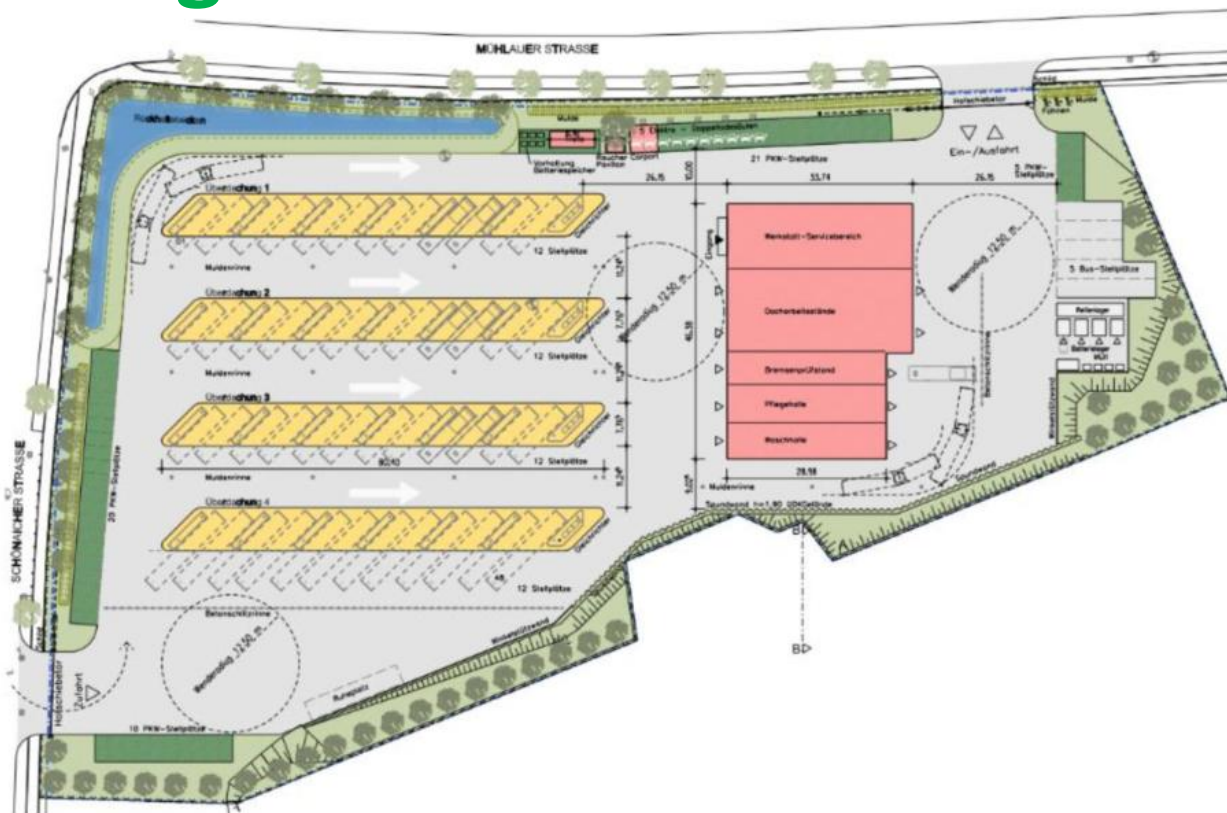


Anlage A



für die Vergabe von Bauleistungen zur Errichtung eines neuen Betriebshofes

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	3
2. Hinweise an die Bewerber	6
2.1 Vorbemerkung	6
2.2 Ablauf des Vergabeverfahrens	6
2.3 Fristen für den Teilnahmewettbewerb	6
2.4 Einzureichender Teilnahmeantrag	7
2.5 Auswahl der Bewerber / Wertung der Teilnahmeanträge	7
2.6 Bewerbergemeinschaften	9
2.7 Nachunternehmer	10
3. Eignungsformular	11
Bewerbergemeinschaft (Anlage 1)	27
Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Anlage 2)	30

1. Einführung

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH ist ein kommunales Busunternehmen und als Mobilitätsdienstleister im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Mittelsachsen tätig. Der Unternehmenszweck erstreckt sich dabei auf alle Produkte des Linienverkehrs gemäß §§ 42 und 43 PBefG, sowie auf Leistungen, die vom PBefG freigestellt sind. Zu dieser Mobilitätsdienstleistung zählt der Regionalverkehr, der Stadtverkehr und der freigestellte Schülerverkehr. Darüber hinaus ist die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH im Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48 und 49 PBefG tätig u. a. mit Ausflugsfahrten, im Mietomnibusverkehr oder Schienenersatzverkehr.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH beschäftigt 460 Mitarbeiter und bedient mit einem Fuhrpark von 237 Bussen 173 eigene Linien, davon 121 gemäß § 42 PBefG und 52 gemäß § 43 PBefG. Die Liniennetzlänge beträgt 4.119 km. Auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages werden jährlich ca. 10,0 Mio. Fahrgäste befördert und 12,1 Mio. Fahrplankilometer erbracht.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH verfügt über fünf Betriebshöfe, die den gesamten Landkreis Mittelsachsen in seiner Fläche erschließen. Die Betriebshöfe befinden sich in Mittweida (Stammsitz), Hartmannsdorf, Döbeln, Freiberg und Eppendorf. Die Betriebshöfe wurden Mitte der neunziger Jahre neu errichtet bzw. teilmodernisiert. Der älteste Betriebshof (Baujahr 1931) befindet sich in Hartmannsdorf und entspricht als einziger Standort nicht den Anforderungen eines modernen ÖPNV-Betriebshofes.

Im Zuge der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen der Clean Vehicle Directive (CVD) plant die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH den Neubau eines Betriebshofes ausschließlich für Fahrzeuge mit batterieelektrischem Antrieb, im Gewerbegebiet Hartmannsdorf, Mühlauer Straße 9. Das für diesen Zweck erworbene Grundstück umfasst 19.429 qm und wird für eine Werkstatt -und Servicehalle, ein Sozialgebäude, eine Waschhalle sowie Lade- und Abstellflächen für 48 Elektrobusse ausgelegt sein. Mit dem neuen Betriebshof wird die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH die Anforderungen der CVD umsetzen bzw. einhalten und gleichzeitig Innovationstreiber bei der Umstellung auf emissionsfreie Antriebe im öffentlichen Personenverkehr sein. Das Projekt soll die moderne Infrastruktur, ökologische Verantwortung und die notwendige Betriebskapazität

für die wachsende E-Bus-Flotte vereinen. Ziel ist eine vollständige Dekarbonisierung des Busbetriebs am Standort Hartmannsdorf.

Vom Standort Hartmannsdorf werden 31 Regionallinien und 27 Schülersonderlinien bedient, davon zwei PlusBus-Linien mit permanenten Rendezvous am Omnibusbahnhof Hartmannsdorf (Hartmannsdorfer Kreuz) sowie eine Bahnersatzlinie mit Bahnverknüpfung. In der Schulzeit werden an den Verkehrstagen von Montag bis Freitag pro Tag 31 Dienste (davon 7 geteilte Dienste), in der Ferienzeit 25 Dienste (davon 2 geteilte Dienste), samstags 8 Dienste sowie sonn- und feiertags 7 Dienste erbracht. Die Disposition der Dienste wird mit 57 Mitarbeitern im Fahrdienst und 4 Mitarbeitern der Verkehrsaufsicht abgebildet. Zukünftig ist verkehrstechnologisch in Abstimmung mit der Gemeinde Hartmannsdorf eine Verknüpfungsstelle der PlusBus-Linien direkt im Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe zum neuen Betriebshof geplant.

Die Dienstzeiten der vor Ort personalbesetzten Verkehrsaufsicht sind Montag bis Freitag von 03:45 Uhr bis 21:10 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen wird der Betriebshof zentral vom Standort Mittweida gesteuert und überwacht.

Für die Planung der Ladeinfrastruktur und der Technologieauswahl werden sogenannte Depotlader favorisiert. Bei Depotladung wird ein Ladekonzept gewählt, dass eine Nachladung der Fahrzeuge während der Betriebspause, i.d.R. über Nacht, aber auch tagsüber, ermöglicht. Die Aufladung der Batterie wird zu Zeiten durchgeführt, in denen das Fahrzeug länger auf dem Betriebshof steht.

Die Einführung eines Betriebshofmanagementsystems inklusive des Lademanagements ist für den neuen Betriebshof zwingend notwendig, um einen gesicherten und geregelten Betriebsablauf und Fahrzeugeinsatz zu gewährleisten. Das Betriebshofmanagementsystem muss in Zusammenarbeit mit dem Lademanagement sicherstellen, dass die Fahrzeuge mit Einsatzbeginn für den zugewiesenen Dienst ausreichend geladen und vorkonditioniert sind. Das bedeutet, dass die Fahrzeuge jahreszeitabhängig vorklimatisiert oder vorgeheizt werden müssen, um diesen Energiebedarf nicht der Batteriekapazität für den Fahrbetrieb zu entziehen.

Das Sozialgebäude mit Pausen-, Umkleide- und WC-Räumen wird durch die Mitarbeiter der REGIOBUS Mittelsachsen GmbH genutzt. Die Werkstattarbeiten werden ohne besondere Lärm-Emissionen durchgeführt. Das Werkstattkonzeptes beinhaltet die Wartung, Instandhaltung, Reparatur sowie Wasch- und Pflegearbeiten der eigenen Fahrzeugflotte. In der Planung des neuen Betriebshofes sind PV-Anlagen auf den Dächern vorgesehen, deren erzeugte Energie vorrangig zum Eigenverbrauch verwendet werden soll. Die geplanten Stromspeicher als Ergänzung der PV-Anlagen können den Effekt noch verstärken.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens sind die Bauleistungen für den Neubau des Betriebshofes. Folgende Bauleistungen sind insbesondere Leistungsgegenstand:

- ein Betriebsgebäude mit Werkstatt -und Servicebereiche und Waschhalle
- 4 Überdachungen für 48 Elektrobusse
- ein Trafogebäude mit Batteriespeicher (Bemessungsleistung des Transformators SrT: 1.600 kVA, maximaler Einschaltstrom: 1100 A. Batteriespeicher Einspeiseleistung in kVA: 50.0, Netzanschlussleistung in kVA 0.0, nutzbare Speicherkapazität kWh: 372.0.)
- eine PV-Aufdachanlage
- ein Metallcontainer als Reifenlager
- 56 PKW-Stellplätze, 5 Bus-Stellplätze
- ein Raucherpavillon
- ein Carport

Die weiteren Einzelheiten sowie die konkreten Leistungen sind insbesondere der funktionalen Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) zu entnehmen.

Mit diesem europaweiten Vergabeverfahren will die RBM ein zuverlässiges, leistungsfähiges und qualifiziertes Bauunternehmen auswählen, welches die Bauleistungen fristgemäß und innerhalb der Kosten erbringt.

2. Hinweise an die Bewerber

2.1 Vorbemerkung

Mit den beigefügten Vergabeunterlagen mit Anlagen erfüllt die RBM die Vorgaben des § 41 Abs. 1 SektVO, gemäß dem der Auftraggeber bereits mit der EU-Bekanntmachung die Vergabeunterlagen bereitstellen muss. Für den jetzt stattfindenden Teilnahmewettbewerb müssen die Bewerber nur diese ausgefüllte und an den vorgesehenen Stellen (nur ggf. in Anlage 1 und/oder 2, siehe unten) unterzeichnete Anlage A sowie ggf. sich daraus ergebende weitere Unterlagen einreichen. Erst für die nach dem Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber sind die weiteren Vergabeunterlagen für die Angebotsphase besonders zu beachten.

Die RBM weist ausdrücklich darauf hin, dass sich die beigefügten Vergabeunterlagen mit Anlagen während des Teilnahmewettbewerbs, bis zur Angebotsabgabe und während des Verhandlungsverfahrens innerhalb der vergaberechtlichen Grenzen weiterentwickeln und ändern können.

2.2 Ablauf des Vergabeverfahrens

Die RBM führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 13 Abs. 1, § 15 SektVO durch. Die RBM stellt den Bewerbern eine funktionale Leistungsbeschreibung zur Verfügung. Aufgrund der Komplexität der zu erbringenden Bauleistungen bedarf es entsprechender Verhandlungen.

In der ersten Stufe des Verhandlungsverfahrens, diesem Teilnahmewettbewerb, wählt die RBM die Bewerber nach ihrer Eignung aus. Die RBM wird 4 Bewerber zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes auffordern.

Die Einzelheiten dazu sowie zum gesamten Ablauf des Vergabeverfahrens ergeben sich aus den abrufbaren Vergabeunterlagen.

2.3 Fristen für den Teilnahmewettbewerb

Die Teilnahmefrist endet am **15.06.2026, 12:00 Uhr**.

Bewerber müssen ihren Teilnahmeantrag innerhalb der Teilnahmefrist über die elektronische Vergabeplattform elektronisch einreichen.

Fragen zur EU-Bekanntmachung, den Vergabeunterlagen oder dieser **Anlage A** dürfen die Bewerber **bis zum 05.06.2026** über die elektronische Vergabeplattform einreichen. Die RBM wird ergänzende und berichtigende Angaben in einem Fragen- und Antwortenkatalog zusammenfassen und diesen auf der elektronische Vergabeplattform veröffentlichen.

Die letzte Aktualisierung des Fragen- und Antwortenkatalogs erfolgt im Teilnahmewettbewerb voraussichtlich bis zum 08.06.2026, 20:00 Uhr. Die Bewerber sind verpflichtet, den Fragen- und Antwortenkatalog regelmäßig zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen zu berücksichtigen.

2.4 Einzureichender Teilnahmeantrag

Die Bewerber müssen für ihren Teilnahmeantrag diese **Anlage A** ausfüllen sowie ggf. um weitere Unterlagen ergänzen, diese **Anlage A** an den vorgesehenen Stellen (nur ggf. in Anlage 1 und/oder 2, siehe unten) unterzeichnen und ihren gesamten Teilnahmeantrag eingescannt als PDF-Datei über die elektronische Vergabeplattform bis zum **15.06.2026, 12:00 Uhr**, einreichen.

Die Abgabe eines Teilnahmeantrages per Post, per E-Mail oder per Fax ist unzulässig.

2.5 Auswahl der Bewerber / Wertung der Teilnahmeanträge

Nur die Bewerber, die ihre Eignung durch ihren Teilnahmeantrag belegen und die nach Auswertung aller Teilnahmeanträge die höchsten Punktzahlen erreichen, werden zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes aufgefordert.

Die RBM wird zunächst die grundsätzliche Eignung der Bewerber anhand ihrer eingereichten Teilnahmeanträge prüfen. Bewerber, die mit ihrem Teilnahmeantrag nicht die erforderliche Eignung nachweisen, indem sie insbesondere gegen die nachfolgend benannten Ausschlusskriterien verstoßen, wird die RBM nicht weiter berücksichtigen.

Ausschlusskriterien sind folgende:

- Zuverlässigkeit (siehe Eigenerklärungen unter 3.A)
- Finanzielle Leistungsfähigkeit: Betriebshaftpflichtversicherung (siehe Eigenerklärungen unter 3.B)
- Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (siehe Eigenerklärungen unter 3.C): Mindestens zwei Referenzen über Bauleistungen eines Betriebshofes oder vergleichbar (z.B. NFZ- oder Bus-Werkstatt / Sozialgebäude / Bus-Überdachungen) inkl. wesentlicher Leistungen im Bereich Tiefbau / Außenanlagen mit einem Auftragswert von jeweils mindestens EUR 7,5 Mio. (netto) mit Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juni 2026.
- Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (siehe Eigenerklärungen unter 3.C): Mindestens eine Referenz über Bauleistungen einer Ladeinfrastruktur (Schnellladebereich für Busse / DC Lader) mit einem Auftragswert von mindestens EUR 2,0 Mio. (netto) mit Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juni 2026 (Mindestanforderung)

Teilnahmeanträge, die die genannten Mindestanforderungen (insbesondere die Mindestreferenzen) nicht erfüllen, schließt die RBM aus.

Die verbliebenen Teilnahmeanträge wird die RBM nach den Bewertungskriterien aus der **Bewertungsmatrix zur Anlage A** werten. Dafür wertet die RBM die wertungsrelevanten Referenzen, die zusätzlich zu den beiden Mindestreferenzen einzureichen sind.

Die RBM geht für die Wertung der wertungsrelevanten Referenzen grundsätzlich von zwei wertungsrelevanten Referenzen (Referenz 4 und 5) aus. Daher sollten die Bewerber nicht mehr als die genannte Anzahl an Referenzen einreichen. Sollte ein Bewerber mehr als die genannte Anzahl der Referenzen für erforderlich halten, ist ihm dies jedoch freigestellt. Die Bewerber dürfen Referenzen, die sie bereits als Mindestreferenz eingereicht haben, auch als wertungsrelevante Referenzen benennen.

Bei der Wertung wird die RBM alle eingereichten Referenzen anhand der in der Bewertungsmatrix genannten Kriterien bewerten und jeweils eine Punktzahl je Referenz ermitteln. Soweit ein Bewerber weniger als die geforderten drei Referenzen einreicht (also nur eine oder nur zwei Referenzen), erhält er für jede fehlende Referenz jeweils 0 Punkte und diese 0 Punkte werden in die Wertung der Referenzen einbezogen.

Soweit ein Bewerber mehr als die geforderten zwei Referenzen abgibt, gilt Folgendes: Die Summe der erreichten Punktzahlen aller bewerteten Referenzen wird durch die Zahl der eingereichten Referenzen dividiert und so eine durchschnittliche Punktzahl ermittelt. Die durchschnittliche Punktzahl wird mit dem Faktor zwei multipliziert (kaufmännische Rundung des jeweiligen Ergebnisses mit zwei Nachkommastellen). Die Bewerber sollten daher nur die Referenzen einreichen, die ihre Fachkunde besonders gut nachweisen und gemäß **Bewertungsmatrix zur Anlage A** hohe Punktzahlen erzielen.

Mit den Bewerbern, die mit ihrem Teilnahmeantrag die höchsten Gesamtpunktzahlen nach der **Bewertungsmatrix zur Anlage A** erhalten, wird die RBM das Verhandlungsverfahren fortsetzen. Die RBM wird 4 Bewerber zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes auffordern. Sollten nach Auswertung gemäß der Wertungsmatrix mehrere Bewerber gleich geeignet sein (identische Gesamtpunktzahl), entscheidet das Los.

2.6 Bewerbergemeinschaften

Eine Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird;
- in der alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt werden;
- in der ein von allen für die Durchführung des Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigter Vertreter benannt und erklärt wird, dass dieser Vertreter gegenüber dem Auftraggeber alle Mitglieder rechtsverbindlich vertreten wird.

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haben die in diesem Dokument als **Anlage 1** (siehe unten) beigefügte Bewerbergemeinschaftserklärung vollständig auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Gibt eine Bewerbergemeinschaft einen Teilnahmeantrag ab, ist es erforderlich, dass jedes einzelne Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit und wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit abgibt. In Bezug auf die technische Leistungsfähigkeit ist die Eignung für den zu übernehmenden Leistungsteil nachzuweisen.

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften im Auftragsfall gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher Pflichten.

2.7 Nachunternehmer

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit oder insbesondere seiner Fachkunde (technische Leistungsfähigkeit) der Fähigkeiten von Nachunternehmern (hierzu zählen auch freie Mitarbeiter, Konzernunternehmen sowie sonstige Dritte) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen. Für diesen Fall ist eine vom Nachunternehmer unterzeichnete Verpflichtungserklärung (**Anlage 2** in diesem Dokument, siehe unten) sowie ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß 3.A, 3.B und 3.C dem Teilnahmeantrag beizufügen.

3. Eignungsformular

Unternehmensangaben Bewerber	
Name	
Gesetzlicher Vertreter	
Anschrift (Str., Hausnr.; PLZ, Ort)	
Rechtsform	
Eintragung Handels-/Berufsregister	Handelsregister: _____ Handelsregisternummer: _____ <i>alternativ</i> Berufsregister: _____ Berufsregisternummer: _____ <i>alternativ</i> vergleichbare Angabe nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist: _____
Ggf. Präqualifikationsnummer und PQ-Stelle	_____
Ansprechpartner einschließlich Angabe der Position	
Telefonnr. Ansprechpartner	
E-Mail-Adresse Ansprechpartner	

Informationen Bewerbergemeinschaften	
Die Leistungen werden von einer Bewerber-/Bietergemeinschaft erbracht:	<input type="checkbox"/> ja <i>Falls ja, ist für jedes Mitglied ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß 3.A, 3.B und 3.C einzureichen.</i>
	<input type="checkbox"/> Nein

Informationen zur Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen	
Wir berufen uns <u>zur Erfüllung der Eignungskriterien</u> gemäß lit. 3.B und 3.C auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Nachunternehmer):	<input type="checkbox"/> ja <i>Falls ja, reichen Sie bitte für jeden Nachunternehmer ein separates Eignungsformular mit den Erklärungen gemäß lit. 3.A, 3.B und 3.C sowie die vom Nachunternehmer unterzeichnete Verpflichtungserklärung ein.</i>
	<input type="checkbox"/> Nein

3.A Zuverlässigkeit

Wir erklären als Unternehmen,

- ☐ dass für uns kein zwingender Ausschlussgrund gemäß § 123 Abs. 1 GWB vorliegt.

§ 123 Abs. 1 bis 3 GWB lautet wie folgt:

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Eigenerklärung

**zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung
des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2024/1745 des Rates
vom 24. Juni 2024**

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

3. Ich/Wir bestätige(n) und stelle(n) sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2024/1745 des Rates vom 24. Juni 2024 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Wir erklären ferner als Unternehmen,

- ☐ dass wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen sind,
- ☐ dass wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen keine geltenden umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen haben,
- ☐ dass wir nicht zahlungsunfähig sind, über unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist. Ferner erklären wir, dass sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- ☐ dass wir im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die unsere Integrität infrage gestellt wird,
- ☐ dass wir keine Vereinbarungen mit einem anderen Unternehmen getroffen haben, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- ☐ dass die bei uns beschäftigten Mitarbeiter/-innen nicht unterhalb der Mindestentgeltregelungen des Mindestlohngesetzes entlohnt werden.
- ☐ dass kein rechtskräftig festgestellter Verstoß gem. § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach § 24 Abs. 2 LkSG belegt worden ist.
- ☐ dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen. Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass auch im Falle der vorstehenden Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister und ggfs. aus dem Gewerbezentralregister anfordern können.

3.B Finanzielle Leistungsfähigkeit

Ausschlusskriterium:

- ☐ Unser Unternehmen verfügt über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den folgenden Deckungssummen:

EUR 10 Mio. für Personen-, Sach- und Vermögensschäden

alternativ zu vorstehender Erklärung

- ☐ Unser Unternehmen wird im Auftragsfall die bestehende Betriebshaftpflichtversicherung gemäß der vorstehenden Vorgaben zu den Versicherungssummen aufstocken.

Nur informativ (kein Ausschlusskriterium):

Den Bruttogesamtumsatz unseres Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre¹ (2022 – 2024 oder 2023 – 2025), beziffern wir wie folgt:

	2022	2023	2024	2025
Bruttogesamtumsatz Unternehmen in EUR				

¹ Newcomer sind zugelassen, insoweit ist eine dreijährige Geschäftstätigkeit keine Mindestanforderung.

3.C Technische Leistungsfähigkeit / Fachkunde

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen unseres Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre² (2022 – 2024 oder 2023 – 2025), beziffern wir wie folgt:

	2022	2023	2024	2025
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter/-innen				

² Newcomer sind zugelassen, insoweit ist eine dreijährige Geschäftstätigkeit keine Mindestanforderung.

Referenz 1 – Mindestanforderung Referenz über Bauleistungen eines Betriebshofes oder vergleichbar (z.B. NFZ- oder Bus-Werkstatt / Sozialgebäude / Bus-Überdachungen) inkl. wesentlicher Leistungen im Bereich Tiefbau / Außenanlagen mit einem Auftragswert von jeweils mindestens EUR 7,5 Mio. (netto) mit Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juni 2026.	
Auftraggeber (Name einzutragen)	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Ansprechpartner beim Auftraggeber inkl. Kontaktdaten, soweit datenschutzrechtlich zulässig	<hr/> <hr/> <hr/>
Bau eines Betriebshofes oder vergleichbar (z.B. NFZ- oder Bus-Werkstatt / Sozialgebäude / Bus-Überdachungen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftragsgegenstand	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>

Erbrachter Leistungsumfang	<hr/> <hr/>
Wesentlicher Leistungen im Bereich Tiefbau / Außenanlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftragswert	<hr/> EUR (netto)
Auftragswert, aufgeteilt nach Kostengruppen	KG 300: <hr/> EUR (netto) KG 400: <hr/> EUR (netto) KG 500: <hr/> EUR (netto)
Abnahmezeitpunkt	<hr/>

Referenz 2 – Mindestanforderung Referenz über Bauleistungen eines Betriebshofes oder vergleichbar (z.B. NFZ- oder Bus-Werkstatt / Sozialgebäude / Bus-Überdachungen) inkl. wesentlicher Leistungen im Bereich Tiefbau / Außenanlagen mit einem Auftragswert von jeweils mindestens EUR 7,5 Mio. (netto) mit Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juni 2026.	
Auftraggeber (Name einzutragen)	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Ansprechpartner beim Auftraggeber inkl. Kontaktdaten, soweit datenschutzrechtlich zulässig	<hr/> <hr/> <hr/>
Bau eines Betriebshofes oder vergleichbar (z.B. NFZ- oder Bus-Werkstatt / Sozialgebäude / Bus-Überdachungen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftragsgegenstand	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>

Erbrachter Leistungsumfang	_____
Wesentlicher Leistungen im Bereich Tiefbau / Außenanlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftragswert	_____ EUR (netto)
Auftragswert, aufgeteilt nach Kostengruppen	KG 300: _____ EUR (netto) KG 400: _____ EUR (netto) KG 500: _____ EUR (netto)
Abnahmezeitpunkt	_____

Referenz 3 – Mindestanforderung Referenz über Bauleistungen einer Ladeinfrastruktur (Schnellladebereich für Busse / DC Lader) mit einem Auftragswert von mindestens EUR 2,0 Mio. (netto) mit Abnahme im Zeitraum 2020 bis Juni 2026 (Mindestanforderung)	
Auftraggeber (Name einzutragen)	_____ <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber

Ansprechpartner beim Auftraggeber inkl. Kontaktdaten, soweit datenschutzrechtlich zulässig	<hr/> <hr/> <hr/>
Der Bau der Ladeinfrastruktur (Schnellladebereich für Busse / DC Lader) war Leistungsgegenstand (Mindestanforderung)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Auftragsgegenstand	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Erbrachter Leistungsumfang	<hr/> <hr/>
Auftragswert	<hr/> EUR (netto)
Abnahmezeitpunkt	<hr/>

Referenz 4 (wertungsrelevante Referenz)	
<u>Mindestanforderung: Referenz über Bauleistungen über die Errichtung eines Betriebshofes</u>	
Auftraggeber	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Auftragsgegenstand (konkrete Angaben zum Bauprojekt und den erbrachten Leistungen)	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Auftragswert	<input type="checkbox"/> ≥ EUR 10,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> ≥ EUR 5,0 Mio. und < EUR 10,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> ≥ EUR 2,0 Mio. und < EUR 5,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> < EUR 2,0 Mio. (netto)
Die Bauleistungen einer Photovoltaikanlage war Teil des Auftragsgegenstandes	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Werkstattbau war Leistungsbestandteil	<input type="checkbox"/> spezifisch auf Busse ausgerichtete Werkstatt <input type="checkbox"/> für Nutzfahrzeuge

Jahr der Abnahme	<input type="checkbox"/> 2024/2025/2026 <input type="checkbox"/> 2022 oder 2023 <input type="checkbox"/> 2020 oder 2021
------------------	---

Referenz 5 (wertungsrelevante Referenz)	
<u>Mindestanforderung: Referenz über Bauleistungen über die Errichtung eines Betriebshofes</u>	
Auftraggeber	<hr/> <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber <input type="checkbox"/> Privater Auftraggeber
Auftragsgegenstand (konkrete Angaben zum Bauprojekt und den erbrachten Leistungen)	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
Auftragswert	<input type="checkbox"/> \geq EUR 10,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> \geq EUR 5,0 Mio. und $<$ EUR 10,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> \geq EUR 2,0 Mio. und $<$ EUR 5,0 Mio. (netto) <input type="checkbox"/> $<$ EUR 2,0 Mio. (netto)
Die Bauleistungen einer Photovoltaikanlage war Teil des Auftragsgegenstandes	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Werkstattbau war Leistungsbestandteil	<input type="checkbox"/> spezifisch auf Busse ausgerichtete Werkstatt <input type="checkbox"/> für Nutzfahrzeuge
Jahr der Abnahme	<input type="checkbox"/> 2024/2025/2026 <input type="checkbox"/> 2022 oder 2023 <input type="checkbox"/> 2020 oder 2021

Bewerbergemeinschaft (Anlage 1)

Name der Bewerbergemeinschaft:

Namen/Anschriften der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft unter Bezugnahme auf ihre Vertretungsverhältnisse:

1.
.....
.....
.....
.....
.....

2.
.....
.....
.....
.....
.....

3.
.....
.....
.....
.....
.....

Erklärung der Bewerbergemeinschaft

1. Wir benennen die im Folgenden genannte Person als bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft für das vorliegende Vergabeverfahren.

Wir erklären, dass diese Person im vorliegenden Vergabeverfahren alleinvertretungsberechtigt ist. Sie ist insbesondere befugt, rechtsgeschäftliche und/oder gesetzliche Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben sowie Verhandlungen mit dem Auftraggeber zu führen und Vereinbarungen zu der Leistung zu treffen. Wir bestätigen, dass diese Person die Bewerbergemeinschaft insoweit gegenüber der Vergabestelle rechtverbindlich vertritt.

Bevollmächtigter Vertreter:

Name:

Unternehmen:

Unternehmensadresse:
.....

E-Mail:

Telefon:

Telefax:

Wir verpflichten uns, jede Änderung in der Person des bevollmächtigten Vertreters schriftlich, rechtzeitig und unverzüglich der Vergabestelle mitzuteilen. Wir erkennen an, dass Änderungen in der Person eines bevollmächtigten Vertreters erst nach Zugang einer schriftlichen Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft wirksam werden. Wir verpflichten uns, schriftlich, rechtzeitig und unverzüglich der Vergabestelle einen neuen bevollmächtigten Vertreter zu benennen und dessen Vertretungsmacht nachzuweisen, soweit in dieser Anlage nur ein bevollmächtigter Vertreter benannt wurde und Änderungen in dieser Person des bevollmächtigten Vertreters eintreten.

2. Wir erklären, dass wir im Auftragsfalle eine Rechtsform bilden werden, die eine gesamtschuldnerische Haftung beinhaltet.
3. Wir erklären, dass die einzelnen Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft folgende Leistungen erbringen:

Mitglied 1:

Mitglied 2:

Mitglied 3:

(Hinweis: Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Unterzeichnung durch jeweils eine vertretungsberechtigte Person des jeweiligen Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft erforderlich.)

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift

1. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift
2. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift
3. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift
4. Mitglied der Bewerbergemeinschaft

(für weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bitte ergänzende Blätter verwenden,
Nummerierung fortführen)

Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (Anlage 2)

Das Unternehmen [Name des Bewerbers zu ergänzen] beabsichtigt, sich bei der Erfüllung der Aufträge

Vergabe Bauleistungen zur Errichtung eines Betriebshofes

der Fähigkeiten unseres Unternehmens

Name:

Unternehmen:

Unternehmensadresse:

.....

hinsichtlich folgender Leistungen

.....
.....
.....
.....
.....
.....

zu bedienen.

Hiermit verpflichten wir uns, im Falle einer Auftragserteilung auf das Angebot des oben genannten Hauptauftragnehmers die zur Auftragserfüllung erforderlichen Leistungen zu erbringen.

.....
Ort, Datum

.....
Firmenstempel und Unterschrift des
Nachunternehmers